

# ***ERGEBNISSE ANTRAGSBERATUNG***

***BEIM KREISPARTEITAG DER FDP LAUSITZ  
AM 07.05.22 IN COTTBUS***



## **ANTRAGSÜBERSICHT**

Liberalisierungs- und Modernisierungsagenda für eine starke Kulturszene.....	2
Zugang zu Wohneigentum und Ansiedlung von Unternehmen erleichtern.....	6
Keine Isolation von Heimbewohnern.....	9
Brandenburg braucht liberale Bildungspolitik.....	10

## **LIBERALISIERUNGS- UND MODERNISIERUNGSAGENDA FÜR EINE STARKE KULTURSZENE**

1 Für viele Kulturschaffende stellte die Corona-Pandemie eine Zäsur in ihrer täglichen  
2 Arbeit dar. Die Restriktionen, die im Rahmen der Eindämmung der Corona-Pandemie  
3 beschlossen und implementiert wurden, hinderten unzählige Künstlerinnen,  
4 Restaurantbesitzer, Clubbetreiber und viele mehr daran, ihrer Arbeit nachzugehen. Dies  
5 wird sich nun hoffentlich ändern, trotzdem braucht es Entlastungen und Hilfen. Gerade  
6 Bars oder Theaterbühnen sind Orte, an denen Menschen wieder zusammenkommen  
7 können, an denen sich Gemeinschaft bilden kann und die eine Region attraktiv machen.  
8 Aus diesem Grund setzt sich die FDP Lausitz besonders für diese Orte und Menschen  
9 ein.

10

### **ENTFESSELUNG DER PRIVATWIRTSCHAFTLICHEN UNTERNEHMEN**

12 Damit die Wohlstandsverluste infolge der Corona-Pandemie wieder ausgeglichen  
13 werden können, muss die staatliche Übergriffigkeit in die Privatwirtschaft deutlich  
14 zurückgebaut werden. Hierzu soll die Steuerlast von Unternehmen mittelfristig auf das  
15 Niveau der kommenden internationalen Mindestbesteuerung reduziert werden. Ferner  
16 beeinträchtigt die massive Belastung der Privathaushalte die Handlungs- und  
17 Vorsorgefähigkeit der Bürger. Folglich ist es notwendig, die Einkommensteuer  
18 grundlegend zu reformieren, indem eine Besteuerung erst ab hälftigem  
19 Medianeinkommens erfolgt. Während der Pandemie mussten viele Haushalte und  
20 Unternehmen angespartes Vermögen aufbrauchen. Um die Regeneration verbrauchter  
21 Kapitalreserven zu fördern, ist zunächst der Sparerpauschbetrag auf 5.000 Euro zu  
22 erhöhen und die Kapitalertragssteuer auf 15 Prozent zu senken.

23

24 Neben der finanziellen Entlastung muss der Abbau bürokratischer Belastungen von  
25 Haushalten und Unternehmen priorisiert werden. Durch Vereinfachung, Digitalisierung  
26 und Automatisierung von Verwaltungsprozessen kann die bürokratische Belastung  
27 deutlich reduziert werden. Langfristig ist die Vorgangsbearbeitung durch  
28 Behördenmitarbeiter auf sicherheitsrelevante Vorgänge zu begrenzen. Vorschriften  
29 sowohl im gewerblichen als auch im privaten Bereich sind auf tatsächlich notwendige  
30 Vorschriften zu begrenzen. Für alle bürokratischen Vorgänge mit dem Ziel einer  
31 Genehmigungserteilung (bspw. Bauvorhaben) ist eine Genehmigungsfiktion mit  
32 angemessener Frist zu setzen, damit unnötige Verzögerungen verhindert werden  
33 können. Sofern Fehler und ungerechtfertigte Verzögerungen durch Behörden zu  
34 verantworten sind, müssen betroffene Haushalte und Unternehmen für die daraus  
35 entstehenden Arbeits- und Kostenaufwände vollständig entschädigt werden.

36

### **DEUTSCHLAND, DAS LAND DER DICHTER UND DENKER**

38 Die deutsche Kultur ist geprägt durch die Traditionen der Regionen und Konfessionen,  
39 von Einwanderern und Subkulturen. Unser kulturelles Erbe ist vielfältig. In dieser Vielfalt

40 sehen wir eine große Chance: Denn je vielfältiger unsere Kultur ist, desto mehr Wege  
41 eröffnen sich den Bürgern unseres Landes, ihr Leben nach ihren individuellen und  
42 gemeinschaftlichen Wünschen selbst zu gestalten. Eine deutsche Identität kann daher  
43 nur eine Identität der Vielfalt sein, eine Identität, die ganz unterschiedliche  
44 Lebensentwürfe ermöglicht und einbezieht.

45  
46 Liberale Kulturpolitik basiert hierbei vor allem auf der Gleichberechtigung vielfältiger  
47 kultureller Bedürfnisse der verschiedenen Bevölkerungsgruppen in Deutschland. Die  
48 Grenzen werden dabei von dem deutschen Grundgesetz und dem deutschen Rechtsstaat  
49 gesetzt. Liberale Kulturpolitik bekennt sich zu einer pluralistischen Gesellschaft, zu  
50 kultureller Vielfalt und zu Offenheit. Liberale Kulturpolitik macht es sich daher zur  
51 Aufgabe, die Freiheit der Kunst und Kultur zu garantieren und allen Bürgern eine  
52 gleichberechtigte Teilhabe an Kultur zu ermöglichen.

53  
54 Deutschland war und ist das Land der Dichter und Denker. Kulturförderung und  
55 Kulturbetrieb sind damit für die FDP Lausitz auch ein Pfeiler deutscher Innovationskraft.  
56 Jeder Bürgerin und jedem Bürger soll deshalb der Zugang zu der vielfältigen deutschen  
57 und Lausitzer Kulturlandschaft eröffnet werden. Der Galerie-, Museums-, Konzert-,  
58 Festival- oder Theaterbesuch, sportliche Veranstaltungen, das Schmökern in der örtlichen  
59 Bibliothek oder die abendliche Lektüre fördern Kreativität und Zusammenhalt.

60  
61 Für uns stellt sich daher nicht die Frage, ob wir Kultur fördern, sondern wie. Kunst- und  
62 Kulturfreiheit prägen als Grundrecht das Verhältnis des Staates zur Kultur. Dies umfasst  
63 nicht nur die Freiheit des Einzelnen von Zensur, sondern auch den Auftrag des Staates,  
64 Kunst und Kultur im Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten zu fördern. Deshalb ist  
65 das Ziel liberaler Kulturpolitik der Erhalt des kulturellen Erbes bei gleichzeitiger  
66 Berücksichtigung moderner Dynamiken und gesellschaftlicher Veränderungen.

67  
68 **GELD MACHT NICHT GLÜCKLICH, ABER ES IST BESSER, IM KINO ZU**  
69 **WEINEN ALS IN DER STRASSENBAHN**

70 Brandenburg verfügt über eine ausgiebige Kulturlandschaft. Mit über 500 Schlössern  
71 und Herrenhäusern, 300 Museen und 150 hauptamtliche Bibliotheken verfügt  
72 Brandenburg über ein einzigartiges kulturelles Vermögen. Hinzu kommen  
73 Parklandschaften, Industriedenkmäler, Kirchen, Klöster und Burgen: In Brandenburg gibt  
74 es viel zu sehen und zu erleben.

75  
76 Nach dem Kulturfinanzbericht 2017 gab die öffentliche Hand insgesamt  
77 11,4 Milliarden Euro für Kultur aus. Länder und Kommunen tragen davon den größten  
78 Anteil. Das Land Brandenburg hat im Jahr 2017 252 Millionen Euro für die Förderung  
79 von Kunst und Kultur ausgegeben. Die FDP Lausitz steht hierbei für die Ausgewogenheit  
80 zwischen staatlicher Kulturförderung und dem Einsatz marktwirtschaftlicher  
81 Finanzierungsinstrumente. Dafür müssen Förderkriterien und Förderungsbeträge durch  
82 das Parlament festgelegt werden. Die Kulturförderung bedarf folglich einer formellen

83 gesetzlichen Grundlage, die Höhe und Zweckbestimmung der Fördergelder festlegt.  
84 Dabei müssen auch neue Kulturen miteinbezogen, wie z. B. die Gamingbranche. Des  
85 Weiteren muss die Förderhöhe nach den Nutzungszahlen der Kulturangebote  
86 ausgerichtet werden, gleichzeitig muss auch die Förderung dezentraler Angebote  
87 gewährleistet sein. Wir fordern die Lausitzer Parlamente dazu auf, den Abruf von  
88 Fördermitteln aus dem EFRE für die Modernisierung der kulturellen Infrastruktur zu  
89 verstärken. Zudem müssen kulturelle Neubauten kostenschonend und mit seriöser  
90 Bürgerbeteiligung umgesetzt werden, wie z. B. mit Stiftungen. Darüber hinaus muss man  
91 die Erweiterung der Umsatzsteuerbefreiung für kulturelle Unternehmen prüfen, welche  
92 bisher für private Musik- und Tanzschulen gilt. Die Zwangsabgabe der Unternehmen in  
93 die Künstlersozialkasse lehnen wir ab und fordern die Abschaffung dieser. Außerdem  
94 setzen wir uns für mehr Ausnahmeregelungen für kulturelle Unternehmen ein, z. B. in  
95 Bezug auf Lärmschutz für Clubbetreiber.

96

### 97 **KULTURELLE BILDUNG – SCHLÜSSEL ZUR TEILHABE IN DER GESELLSCHAFT**

98 Kulturelle Teilhabe ist für die FDP Lausitz ein integratives Element für Menschen jeden  
99 Alters und jeder Herkunft. Kultur trägt zur Persönlichkeitsentwicklung bei und ermöglicht  
100 interdisziplinäres und innovatives Denken. Aus diesem Grund fordern wir, dass Kinder  
101 und Jugendliche aus prekärem familiärem Hintergrund zwischen dem 5. und  
102 18. Lebensjahr jeweils einen Bildungsgutschein erhalten, mit dem sie z. B. ein  
103 Musikinstrument an einer Musikschule lernen können. Des Weiteren sollen öffentlich  
104 geförderte Bibliotheken, Museen und Kunstgalerien für Minderjährige und Schüler  
105 grundsätzlich kostenfrei sein. Öffentlich geförderte Theater, Konzerte oder Opern sollen  
106 ein gewisses Platzkontingent für Jugendliche zu reduzierten Preisen anbieten. Zudem  
107 wollen wir Kooperationsprojekte zwischen Schulen und kulturellen Trägerschaften  
108 vorantreiben, dafür bedarf der Schaffung einer zentralen Datenbank. Institutionen wie  
109 Jugendzentren müssen weiterhin in vielen Städten erhalten und gefördert werden. In  
110 diesen müssen Jugendlichen vielfältige Möglichkeiten geschaffen werden, um sich  
111 künstlerisch und musisch frei auszuleben.

112

### 113 **FÜR KULTUR GILT: JE FREIER, DESTO BESSER**

114 Der föderale Staat gestaltet Kulturpolitik auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene.  
115 Das Grundgesetz schützt die Freiheit der Kunst und sichert den Ländern die Kulturhoheit  
116 zu. In der brandenburgischen Landesverfassung ist die Förderung von Kunst und Kultur  
117 verankert. Die FDP Lausitz ist der Meinung, dass wir auch die rechtliche Situation der  
118 Kultur modern und dynamisch gestalten müssen.

119

120 Der Denkmalschutz muss einen Spagat zwischen Wirtschaftlichkeit und Erhalt des  
121 kulturellen Erbes schaffen. Derzeit halten wir den Denkmalschutz für übergriffig und  
122 erachten ihn in vielen Fällen als nicht mehr hinnehmbar an. Instandsetzungsvorhaben  
123 von denkmalgeschützten Objekten müssen daher liberalisiert werden.

124 Der Respekt vor geistigen Leistungen hat für uns einen hohen Stellenwert. Trotzdem  
125 halten wir auch das Urheberrecht für reformbedürftig. Zu staatlich finanzierten Kultur-  
126 und Bildungserzeugnissen sollte jeder und jedem ein freier Zugang ermöglicht werden.

127

128 Des Weiteren fordern wir, dass die Landesregierung Rahmenverträge mit der GEMA für  
129 Kinderbetreuungsstätten abschließt, bis die Abschaffung dieser Gesellschaft für  
130 musikalische Rechte vollzogen ist. Das gemeinsame Musizieren ist ein wesentlicher  
131 Bestandteil der pädagogischen Konzepte in Kinderbetreuungseinrichtungen. Singen  
132 verbindet, Musik ist international und vereint Menschen somit auch über sprachliche  
133 Grenzen hinweg. Damit leistet Gesang und Musik auch einen wichtigen Beitrag zur  
134 Integration, der durch die Forderung der GEMA, dass Einrichtungen, in denen Kinder  
135 betreut werden, für das Kopieren von Liedtexten und Noten sowie das öffentliche  
136 Vortragen der Musikstücke Gebühren entrichten sollen, gefährdet wird.

137

138 Außerdem fordert die FDP Lausitz die Abschaffung der Buchpreisbindung, um das Lesen  
139 verbraucherfreundlicher und günstiger zu machen. Genauso sollten die USK sowie der  
140 Depublikationszwang für die Öffentlich-Rechtlichen-Rundfunkanstalten abgeschafft  
141 werden. Zudem wollen wir die Ausländersteuer abschaffen, welche es Künstlern aus  
142 anderen Ländern erschwert, in Deutschland aufzutreten.

143

#### 144 **KULTURZENTRUM LAUSITZ**

145 Die Lausitz besitzt sehr viele kulturelle Erlebnisorte, vom Spreewald über das Cottbuser  
146 Dieselkraftwerk bis hin zum Forster Rosengarten. Um diese Orte sichtbarer zu machen  
147 und unsere Tourismusindustrie zu stärken, wollen wir als Region kulturelle Tages- und  
148 Wochenendtouren koordinieren und dafür private Player verbinden. Diese Praxis von  
149 regionalen Touren wird in vielen Landkreisen schon jahrzehntelang erfolgreich  
150 praktiziert.

151

152 In unserer Region ist viel Platz für gute Ideen und gute Partys. Daher fordern wir ein  
153 Festivalkonzept für die Region, das darauf abzielt, neue Festivalideen in die Lausitz zu  
154 holen und die Festivalplanung im Einklang mit den Interessen der Einwohner zu  
155 begleiten.

## **ZUGANG ZU WOHN-EIGENTUM UND ANSIEDLUNG VON UNTERNEHMEN ERLEICHTERN**

1 Seit Jahren kennt die Mietpreisentwicklung deutschlandweit in den meisten Wohnlagen  
2 nur noch eine Richtung – nach oben. Vonseiten der Politik wird seit Jahren (bisher  
3 erfolglos) mit Marktmanipulationen wie Mietendeckel oder Mietpreisbremse  
4 experimentiert, um gegenzusteuern. Gleichzeitig belegt Deutschland laut Aussage der  
5 Bundesbank von 2020 bei der Wohneigentumsquote innerhalb der OECD den  
6 vorletzten Platz<sup>1</sup>. Dadurch sind die Bundesbürger in besonderem Maße von der  
7 Entwicklung der Mietpreise abhängig. Eine steigende Wohneigentumsquote würde ohne  
8 fragwürdige Markteingriffe die Auswirkungen steigender Mieten mindern:

- für Haushalte, die durch selbstgenutztes Wohneigentum gar keine Miete mehr zahlen (eine Immobilienfinanzierung ist deutlich planbarer, da sich die monatliche Belastung während der Laufzeit nicht erhöht, sondern im Gegenteil aufgrund der Inflation die tatsächliche Belastung mit der Zeit abnimmt)
- für Haushalte, die in Mietwohnungen wohnen, welche sich im Eigentum von Privatpersonen befinden, die damit beispielsweise ihre Altersvorsorge aufbessern und erfahrungsgemäß im Hinblick auf Mieterhöhungen und Mietvertragsgestaltung weniger aggressiv vorgehen als große Immobiliengesellschaften.

19  
20 Darüber hinaus würde eine höhere Wohneigentumsquote sich positiv auf die  
21 Rentensituation im Allgemeinen auswirken, da der bei vielen Haushalten größte  
22 Ausgabenblock der Wohnkosten zum Teil in kapitalwirksame Zahlungen umgewandelt  
23 werden würde. Der Zugang für Wohneigentum für breitere Schichten der Gesellschaft  
24 dürfte sich mildernd auf die Schere zwischen Arm und Reich auswirken.

25  
26 Ein Haupthindernis für den Immobilienerwerb sind die hohen Kaufnebenkosten, die eine  
27 Immobilienfinanzierung erschweren. Da sie ohne Gegenwert zum Kaufpreis  
28 hinzukommen, können die Kaufnebenkosten in vielen Fällen von Kreditinstituten nicht  
29 mitfinanziert werden und erhöhen eins zu eins das benötigte Eigenkapital, welches  
30 gerade für untere und mittlere Einkommen das größte Hindernis für einen  
31 Immobilienerwerb darstellt.

32  
33 Neben der Erschwernis für potenzielle Wohneigentümer erhöhen die Kaufnebenkosten  
34 auch die Investitionen bei Neuansiedlungen von Unternehmen und bremsen somit die  
35 wirtschaftliche Entwicklung drastisch.

---

<sup>1</sup> <https://www.bundesbank.de/de/publikationen/forschung/research-brief/2020-30-wohneigentumsquote-822090>, abgerufen am 07.03.2022

36 Die Kaufnebenkosten sind in Deutschland insgesamt schon hoch – aber in Brandenburg  
37 am höchsten. Während bei einem Immobilienkaufpreis von 300.000 € in Sachsen  
38 Kaufnebenkosten von etwa 25.000 € anfallen, sind es bei gleichem Kaufpreis in  
39 Brandenburg etwa 35.000 €. Dadurch entsteht insbesondere für den  
40 brandenburgischen Teil der Lausitz ein strategischer Nachteil. Nebenkosten beim  
41 Immobilienkauf teilen sich auf in:

42

- 43 • Notar- und Grundbuchkosten (mit 1,5 % vom Kaufpreis deutschlandweit relativ  
44 gleich)
- 45 • Maklerprovision (auf den Käufer entfallender Teil maximal 3,57 %)
- 46 • Grunderwerbssteuer (im Land Brandenburg 6,5 % – zum Vergleich: 3,5 % in  
47 Sachsen)

48

49 Damit zahlt ein Immobilienkäufer an das Land mehr als an alle aktiv an der Transaktion  
50 beteiligen Dienstleister (Grundbuchamt, Notar, Makler und ggf.  
51 Immobilienfinanzierungsvermittler) zusammen – ohne Gegenleistung!

52

53 Neben den Grunderwerbssteuersätzen sind in einigen Bundesländern auch die  
54 Höchstsätze für Maklerprovisionen etwas geringer als in Brandenburg<sup>2</sup>. Die  
55 Auswirkungen der Maklerprovision auf die Gesamtsituation sind deutlich geringer, aber  
56 ebenfalls nicht unerheblich, sodass auch über die Möglichkeit der Reduzierung des dafür  
57 zulässigen Höchstsatzes in Erwägung gezogen werden kann. Hierbei ist aber zu  
58 bedenken, dass erstens für die Maklerprovision eine Vermittlungsleistung der  
59 entsprechenden Immobilienmakler erbracht wird, die auch in Zukunft wirtschaftlich  
60 bleiben muss, zweitens bei vielen Immobilienkäufen gar keine Maklerprovisionen anfällt  
61 (Privatverkäufe, Direktverkäufe von Bauträgern).

62

63 Eine weitere Herausforderung für Bauinteressenten ist in vielen Fällen die Suche nach  
64 passenden Immobilien bzw. Bauland. Im Fall von noch zu bebauenden Flächen bietet  
65 das Baugesetzbuch (BauGB) für Kommunen die Möglichkeit, den Bürgern die Suche  
66 mithilfe eines Wohnbaulandkatasters zu erleichtern. Darin enthalten wären alle  
67 unbebauten, unternutzten und nur geringfügig bebauten Grundstücke, die sich für  
68 Wohnbebauung oder gemischte Nutzung eignen. Damit wird nicht nur die Verwaltung  
69 von Einzelanfragen entlastet, sondern es besteht auch die Möglichkeit, gezielt den  
70 Flächenverbrauch für die Siedlungsentwicklung zu reduzieren.

71

## 72 **WIR FORDERN DAHER:**

- 73 • die Senkung der Grunderwerbssteuer im Land Brandenburg auf 3,5 % nach dem  
74 Vorbild des Freistaats Sachsen.
- 75 • die Überprüfung der wirtschaftlichen Auswirkung einer denkbaren Reduzierung  
76 des Höchstsatzes von Maklerprovisionen von derzeit 7,14 % (je 3,57 % für

---

<sup>2</sup> <https://www.smart-rechner.de/immobilien/rechner.php>, abgerufen am 07.03.2022



77 Käufer und Verkäufer) auf 5,95 % (je 2,98 % für Käufer und Verkäufer) wie in  
78 Mecklenburg-Vorpommern auf die in Brandenburg ansässigen Immobilienmakler.  
79 • die Einrichtung eines digitalen Wohnbaulandkataster gemäß § 200  
80 Baugesetzbuch (BauGB) in allen Kommunen. Darin sollen alle unbebauten oder  
81 überwiegend unbebauten Flächen ausgewiesen werden, die sich zur  
82 Wohnbebauung eignen.

## **KEINE ISOLATION VON HEIMBEWOHNERN**

- 1 Während der Pandemie wurden Menschen in Pflege- oder Behinderteneinrichtungen
- 2 über mehrere Wochen isoliert, da ein Besuchsverbot für Angehörige bestand. Das war
- 3 ethisch nicht vertretbar.
  
- 4 Heime haben zudem sich nicht an die Empfehlungen der Politik gehalten und
- 5 Besuchsverbote eigenständig verlängert. Dahingehend fordern wir stattdessen klare
- 6 einheitliche gesetzliche Regelungen.
  
- 7 Das Verbot, einen nahestehenden Angehörigen oder eine Vertrauensperson nicht zu
- 8 sehen, darf sich nicht so einfach wiederholen. Auch im Pandemiefall muss es für
- 9 Schwerstkranke, Menschen mit starker Demenz und im Sterben liegende Personen
- 10 Möglichkeiten geben, zu einem nahestehenden Menschen physischen Kontakt zu haben.
- 11 Des Weiteren sollte es für alle anderen zumindest digitale Möglichkeiten gestellt werden,
- 12 um den Austausch mit Angehörigen zu gewährleisten.
  
- 13 Um die Rechte von Heimbewohnern und Ihren Angehörigen auch in zukünftigen
- 14 Pandemie zu stärken, braucht es in Zukunft generell mehr Transparenz und eine
- 15 aktive Heimaufsichtsbehörde mit durchgängigen Zugang zu den Heimen.

## **BRANDENBURG BRAUCHT LIBERALE BILDUNGSPOLITIK**

1 Zur Landtagswahl 2019 sind wir mit einem klaren bildungspolitischen Profil gestartet,  
2 welches viele Probleme in der Bildung behoben hätte. Es hat sich bereits gezeigt, dass  
3 durch die neue Landesregierung in den ersten drei Jahren abermals die Zukunftschancen  
4 unserer Kinder aufs Spiel gesetzt wurden und wenig dafür getan wird, die Bildung durch  
5 die Politik zu verbessern. Leider beweisen dies viele Studien, in denen Brandenburg stets  
6 auf den Abstiegsplätzen zu finden ist. Mit einer liberalen Bildungspolitik hätten wir  
7 bereits heute die Möglichkeit, die Zukunftschancen der kommenden Generationen zu  
8 echten Chancen zu gestalten. Aus diesem Grund wollen wir unser bildungspolitisches  
9 Profil weiter schärfen und zusätzliche inhaltliche Impulse in die Landespolitik geben.

10

### **VOR DER SCHULE:**

- 12 • Wir fordern eine flächendeckende Digitalisierung des Kita-Anmeldeverfahrens.  
13 Die Koordinierung und Steuerung erfolgt durch die Kommunen in  
14 Zusammenarbeit mit den Trägern.
- 15 • Wir wollen die „plusKiTa“ als neuen Baustein im Bereich der Vorschule  
16 etablieren. Hierbei möchten wir eine besondere Förderung, insbesondere im  
17 sprachlichen Förderbedarf, schaffen.
- 18 • Zur Entlastung des Kita-Personals wollen wir ein Kitahelfer-Programm etablieren.  
19 Somit kommt es zum Einsatz von Hauswirtschafts- und Verwaltungspersonal direkt  
20 in den Kitas, damit die Förderung am Kind beim Kita-Personal Vorrang vor  
21 anderen Tätigkeiten hat.
- 22 • Über einen „digitalen Kita-Bonus“ wollen wir die Anschaffung von Endgeräten  
23 sowie Fortbildungen von pädagogischen Fachkräften fördern. Unser Ziel ist, dass  
24 in jeder Gruppe pro Erzieherin bzw. Erzieher ein digitales Endgerät zur  
25 Verfügung steht.

26

### **WÄHREND DER SCHULE**

- 28 • Wir fordern die Aufhebung der festen Klausel für die Höchstzahl der Leistungs-  
29 und Begabtenklassen im Land Brandenburg, um unsere Kinder unabhängig von  
30 starren Verwaltungsvorschriften optimal und kindgerecht zu fördern.
- 31 • Die Schülerstipendien wollen wir massiv ausweiten und unbürokratisch zur  
32 Verfügung stellen.
- 33 • Es gilt, sogenannte Talentscouts in Brandenburg zu etablieren und Talentschulen  
34 zu errichten. Die Schwerpunkte der Talentförderung werden in den Einrichtungen  
35 erarbeitet, hierbei sollen die Schülerinnen und Schüler der eigenen Schule und  
36 jene aus anderen Schulen tageweise unterrichtet werden.

- 37
- 38
- 39
- 40
- 41
- 42
- 43
- 44
- 45
- 46
- 47
- 48
- 49
- 50
- 51
- 52
- 53
- 54
- Außerdem wollen wir die Zusammenarbeit von Schulen und Hochschulen verbessern, Angebote wie die „Schüler-Uni“ ausweiten, Schülerfirmen fördern und zur Teilnahme an Begabungswettbewerben ermuntern.
  - Die Schulsozialarbeit gehört an die Schulen. Die Kommunen sollen nicht die Fehler des Landes ausgleichen müssen und somit lehnen wir eine Teilung der Stellen in andere Bereiche hinein ab.
  - Eine sonderpädagogische Förderung muss in allen Schultypen möglich sein. Sowohl Formen der dezentralen Erarbeitung von Förderplänen als auch schulinterne Ausarbeitungen sollen möglich sein. Es muss das Prinzip gelten, dass keine Personen mit anderer Ausbildung bzw. Schwerpunktsetzung in der Sonderpädagogik die Schülerinnen und Schüler fördert. Beide Systeme, das Gemeinsame Lernen an unseren Regelschulen ebenso wie unsere hochprofessionellen Förderschulen, wollen wir gleichberechtigt mit ausreichendem Personal, Sachausstattung und Qualitätsstandards für inklusive Bildung stärken.
  - Wir benötigen dringend eine Personalplanung an den schulischen Bildungseinrichtungen durch langjährige Bedarfsanalysen, um die Versorgung der Schulen mit Lehrkräften krisenfest zu gestalten.

55

## 56 **NACH DER SCHULE**

- 57
- 58
- 59
- 60
- 61
- 62
- 63
- 64
- 65
- 66
- 67
- 68
- 69
- 70
- 71
- 72
- 73
- 74
- 75
- 76
- Wir starten die Initiative „Keine Chance auf keinen Abschluss“! Es braucht eine Förderung aller Schülerinnen und Schüler, welche die 9. Klasse zweimal ohne Erfolg beendet und somit nicht den Abschluss der Berufsbildungsreife erlangt haben. Präventiv erhalten die Schülerinnen und Schüler dabei nach der ersten Wiederholung der Klassenstufe 9 eine individuelle Förderung in kleinen Lerngruppen an den jeweiligen Schulen. Im Fall des zweiten Scheiterns bekommen sie an den Oberstufenzentren eine weiterführende Betreuung. Hierbei können sie die erfolgreich abgeschlossenen Kurse an der allgemeinbildenden Schule maximal im ersten Jahr im Oberstufenzentrum anrechnen lassen. Gleichzeitig erfolgt die schulische Ausbildung während dieses Jahres verstärkt in den Fächern, die zum Wiederholen der Klassenstufe geführt hatten.
  - Ländliche Räume und die individuellen Lebenspläne steigern den Bedarf nach digitalen Lösungen auch im Berufsbildungsbereich. Deshalb möchten wir digitale Berufsbildungszentren und Berufsschulcampus nach dem Vorbild des Trave Campus schaffen, in denen der schulische Teil der Berufsausbildung erfolgen kann.
  - Auch die Hochschulen in Brandenburg müssen digitaler werden. Digitale Seminare und Vorlesungen sollen gefördert werden. Außerdem möchten wir die erste „Digitaluniversität Brandenburg“ einführen, die ein Studium komplett im digitalen Raum ermöglicht.